

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNES

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 3 - Postversandort Bonn - Bonn, im März 1956

INHALT

GÜLTIGE LEHREN DES LIBERALISMUS

von Franz Böhm S. 1

KULTURPOLITISCHE BESINNUNG

von Hellmut Lauffs S. 4

DIE POLITISCHE MITVERANTWORTUNG DER FRAU

von Ilse Bab S. 7

VON SIEGEN NACH BERLIN

von Ernst Bach S. 10

DIE "TEST"-WAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

von Edo Osterloh S. 13

INNENPOLITISCHE STABILITÄT -

AUSSENPOLITISCHE KONTINUITÄT S. 14

GÜLTIGE LEHREN DES LIBERALISMUS

von Professor Dr. Franz Böhm, MdB

Wir wissen, dass sich christliche Kreise den furchtbaren Ausbruch des Bösen
im Nationalsozialismus überwiegend mit dem Zerfall des Glaubenslebens erklä-
ren und diesen Zerfall des Glaubenslebens wiederum auf die philosophischen Sy-

steme der Aufklärungszeit mit ihrem Glauben an die Güte der menschlichen Natur, an die Vernunft, an den Fortschritt zurückführen. Daher sei eine Rückkehr zum Glauben der einzige wirksame Schutz gegen eine Wiederkehr politischer Katastrophen nationalsozialistischer oder kommunistischer Prägung.

Das enthält einen zutreffenden Kern, erschöpft aber die Problematik weder für die Vergangenheit noch für die Zukunft. Eine solche einseitige Deutung birgt vielmehr die Gefahr, dass durch sie eine der - gerade für uns Deutsche - wichtigsten Lehren verdunkelt wird, die uns die nationalsozialistische Katastrophe erteilt.

Angenommen, der Nationalsozialismus habe das Böse schlechthin gewollt: Das würde keineswegs erklären, warum ihm das auch gelungen ist. Denn die Menschen - auch die gottlosen - sind zwar Sünder, aber, von Ausnahmen abgesehen, keine Teufel. Würden die Nationalsozialisten nichts anderes gepredigt haben als dies: Lasst uns endlich einmal mit dieser vermaledeiten Humanität Schluss machen und unsere grausamen Gelüste austoben - so würden sie nie und nimmer die politische Macht erobert haben. Diese Macht haben sie mit einer ganz anderen Parole erobert, mit folgender nämlich: Lasst uns den liberalen Verfassungsstaat mit seinen Grundrechten, seiner Gewaltentrennung, seinem Parlamentarismus und seinem Parteienwesen, der keinerlei regierungsfähige politische Autorität aufkommen lässt, zerstören und stattdessen die stärkste Konzentration politischer Gewalt herstellen, die sich mit den Mitteln einer raffinierten Propaganda, des Terrors und der Rasanz aktivistischen Regierens zustandebringen lässt, damit im politischen Raum endlich einmal wieder gehandelt werden kann, anstatt bloss gekuhhandelt. Diese Parole war es, die der NSDAP ihre grosse Popularität eingebracht hat. Wäre es Hitler nicht gelungen, im März 1933 die Weimarer Verfassung aufzuheben und eine totalitäre Gewaltkonzentration zu schaffen, dann würde sich das Böse in Saalschlachten, Strassenkämpfen, ein paar Ladenplünderungen, Lynchjustizen und Fehmorden erschöpft haben. Wir würden nichts von dem erlebt haben, was wir nur als Folge schrankenloser Gewaltkonzentration erleben konnten.

Lassen wir den Blick in frühere Jahrhunderte zurückgehen, so finden wir christliche Obrigkeiten, die durch Inquisition, Hexenverfolgung und Judenpogrome mit ihren Folterkammern und Scheiterhaufen grauenvolle Verbrechen begangen haben. Damals gab es noch keine humanitären Heilslehren säkularer Provenienz: das Volk und die Fürsten nebst ihren Helfern waren durchaus kirchengläubig. Auch diese Verbrechen wären ohne politische Gewaltkonzentration nicht möglich gewesen.

Es ist eine spezifisch politische Einsicht, die das politische Grossverbrechen erklärt. Sie lautet, auf einen kurzen Nenner gebracht, mit den Worten von Lord Acton: "Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut". Wer Macht besitzt, kann Böses mit verzehnfachter, vertausendfacher Breitenwirkung tun - nicht weil er böser ist als andere Leute, sondern weil er das Böse, was er tut, mit Hebelwirkung tun kann. Und er ist ständig versucht, Böses zu tun, weil der Kampf um die Erhaltung der Macht ein Haifischgewerbe ist, für das die Gesetze des Machiavelli gelten. Dabei verstrickt er Tausende, vielleicht Millionen von Menschen, die andernfalls relativ harmlos ihrem Alltags-Tagewerk und ihren kleinen Alltagssünden gefrönt haben würden, in seine Riesengrausamkeiten und Verbrechen. Alle diese Versuchungen nesteln sich an den Machtbesitz.

Die Erkenntnis der Gefahren einer Machtkonzentration ist die Grunderkenntnis der liberalen Staats- und Gesellschaftslehre; und die Forderung, die Konzentration von Macht im Staat und in der Gesellschaft zu minimalisieren, den Staat nach Möglichkeit als einen Gesetzes- und Richterstaat zu errichten - gemäss dem Wort von Aristoteles: "Gesetze sollen herrschen und nicht Menschen" - ist das liberale Grundpostulat. Diese Einsicht und dieses Postulat sind ganz unabhängig von dem philosophischen Überbau, den die liberale Lehre im 18. Jahrhundert erfahren hat; sie haben auch nichts mit bestimmten Parteien zu tun, sie haben vielmehr Anhänger in allen nichttotalitären Parteien, bei uns also heute in der CDU, der FDP, der SPD, der DP und dem BHE; unser ganzes Grundgesetz ist auf diesen Gedanken aufgebaut.

Die Annahme, dass der Glaubenszerfall und das Überhandnehmen weltlicher Heilslehren für das "Dritte Reich" und seine Schrecken allein verantwortlich wären, leistet nun dem bei uns Deutschen leider weitverbreiteten Vorurteil Vorschub: Das nationalsozialistische Programm sei im Grunde, in seinem Kern ganz richtig und vernünftig gewesen und die Katastrophe rühre nur daher, dass dieses Programm in falsche Hände geraten und in einer glaubenslosen Zeit verwirklicht worden sei. In der Hand einer echten politischen Elite und in einem Volk von Christen könne sich ein straffes, auf disziplinierter Subordination und konzentrierter Regierungsgewalt beruhendes System segensreich auswirken. - Das aber würde bedeuten, dass wir aus der Katastrophe politisch nicht das mindeste gelernt haben, dass wir in unserem verbohrt deutschen Eigensinn und unserer Einsichtslosigkeit verharren. Das Wort von Pestalozzi, dass "Fürsten, die Tyrannen sein können, es aber nicht sind, entweder Engel oder Schatten sind", und dass "für den Freiheits- und Bürgersinn nichts gefährlicher ist, als eine Abfolge guter Könige", wäre umsonst gesprochen, die Entwicklung seit der Magna Charta umsonst geschehen. Die Errichtung einer unbeschränkten Macht ist das gleiche, wie wenn man Schmuck auf die Strasse streut: So gewiss, wie der auf die Strasse gestreute Schmuck gestohlen wird - auch wenn der christliche Glaube beim Volk hoch in Ehren steht -, so gewiss wird eine unbeschränkte Macht missbraucht; "der Anspruch der Tyrannei ist nicht Bosheit, sondern Menschennatur", um nochmals mit Pestalozzi zu sprechen.

Wir können das besonders deutlich am Bolschewismus studieren, bei dem die staatliche Macht nicht - wie beim Nationalsozialismus - aus prinzipieller Machtvergötzung konzentriert worden ist, sondern deshalb, weil nach bolschewistischer Überzeugung die soziale Frage (Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft) nur mit Hilfe vollständiger Machtkonzentration und nur auf diktatorischem Wege gelöst werden kann. Hier ist das Programm, das Ziel der Intention nach durchaus menschenfreundlich. Aber das Mittel frisst den Zweck auf und setzt sich mit seinem furchtbaren Gesetz allein durch. Auch christliche Obrigkeiten haben, wie gesagt, in frommen Zeiten nicht weniger schrecklich gehaust, sobald sie über eine geballte, konzentrierte, unkontrollierte Gewalt verfügten. Und wenn das damals vielleicht nicht ganz so schlimm gewesen sein sollte, so war das sicher mehr in der Primitivität der damals zu Gebote stehenden technischen Möglichkeiten der Gewaltausübung als in christlichen Gewissenshemmungen begründet. Iwan der Schreckliche war ein frommer Christ und hat sich selbst für einen unwürdigen Sünder gehalten und vor dem Gericht gezittert; aber er hat mit beträchtlichem theoretischen Scharfsinn eine Idee der "absolutesten" Monarchie entfaltet, sie verwirklicht, soweit er konnte, und ist der Eigengesetzlichkeit dieser Idee erlegen wie jeder, der an sie glaubt und das Zeug in

sich hat, sie in die Tat umzusetzen. Dass der Bolschewismus dem Nationalsozialismus gleichen würde wie ein Ei dem anderen, war ihm nicht an der Wiege gesungen; aber die Gewalt frisst ihre Kinder auf, was auch immer sie wünschen, wollen und bekennen mögen.

Für das Verhältnis zwischen Gewalt und hochgestecktem Ziel gilt genau das gleiche, was Shakespeare seinen Hamlet von dem Verhältnis zwischen Schönheit und Tugend sagen lässt (es sei hier der ganze Dialog zitiert):

"Ophelia: Was meint Eure Hoheit?

Hamlet: Dass, wenn Ihr tugendhaft und schön seid, Eure Tugend keinen Verkehr mit Eurer Schönheit pflegen darf.

Ophelia: Könnte Schönheit wohl besseren Umgang haben, mein Prinz, als mit der Tugend?

Hamlet: Ja freilich: denn die Macht der Schönheit wird eher die Tugend in eine Kupplerin verwandeln, als die Kraft der Tugend die Schönheit sich ähnlich machen kann. Dies war ehemals paradox, aber nun bestätigt es die Zeit."

Dies aber ist es, was wir Deutschen in unserer Verehrung für eine starke Regierungsgewalt durchaus nicht glauben wollen. Wenn bei uns ein starker Mann sagt: "Gebt mir vier Jahre Zeit" - dann werden aus diesen vier Jahren so viele Jahre, bis der Mann alles bis auf die letzte Strassenbrücke zugrunde gerichtet hat. Wenn aber ein Politiker, der sich für eine freiheitliche Verfassung einsetzt, das gleiche sagen würde, so kämen unsere Landsleute doch schon nach zwei Monaten gelaufen mit ganzen Säcken voll Beschwerden darüber, was sich da alles unter der Ägide dieser sogenannten Freiheit an Misslichem zugetragen habe.

Mir scheint, wir sollten der Lehre, die uns das nationalsozialistische Erlebnis erteilt, nicht ausweichen. Eben zu diesem Ausweichen aber verführen uns die These, dass eine moralische Umbesinnung als solche und allein ausreiche, eine Wiederkehr des Schrecklichen abzuwenden, und das törichte Polemisieren gegen alles sogenannte Liberale. Das zeitlos Bleibende liberalen Gedankengutes, wie es im 18. und 19. Jahrhundert erarbeitet worden ist - namentlich der Grundsatz der Gewalten- und Machtverteilung und der wirksamen Kontrolle der Machtausübung - ist gerade für uns Deutsche ebenso verpflichtend wie die Rückbesinnung auf die glaubensmässigen Bindungen jeder verantwortlichen Lebensführung im Dasein des Einzelnen wie der Gemeinschaft.

KULTURPOLITISCHE BESINNUNG

von Ltd. Regierungsdirektor a. D. Hellmut Lauffs

Unter den Menschen, die im Bewusstsein ihrer christlichen Verantwortung für das öffentliche Leben in den politischen Dienst gegangen sind, besteht weitgehend grundsätzliche Übereinstimmung darin, dass das gesamte Gebiet der Kulturpolitik von besonderer Bedeutung für die Existenz und die Lebensform eines

Volkes ist und dass viele der im einzelnen zu treffenden kulturpolitischen Entscheidungen von grosser Tragweite für das allgemeine politische Gefüge in Gemeinde, Kreis und Land sind.

In Zeiten politischer Spannungen, in Wahlkämpfen und bei parteilichen Umgruppierungen werden kulturpolitische Beobachtungen und Zielsetzungen gern in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestellt. Das kulturpolitische Arsenal liefert den widerstrebenden Gruppen einen erheblichen Teil der geistigen Waffen, gleichgültig, ob es sich bei den jeweiligen Kämpfen um - wenigstens vordergründig - aussenpolitische Entscheidungen oder um Probleme der Innenpolitik handelt. Weil aber diese Methode die Gefahr in sich birgt, die Dinge allzusehr zu vereinfachen und zu vergröbern, und weil nach Beendigung der Kämpfe die vielerufenen kulturpolitischen Aufgaben zumeist aus der Tagesarbeit, ja, aus dem Blickfeld überhaupt entschwinden, erfreuen sich solche kulturpolitischen Akzentuierungen gerade bei Menschen, denen das kulturelle Leben am Herzen liegt, keiner besonderen Wertschätzung.

Gleichwohl wäre es grundfalsch, sich seine kulturpolitische Verantwortung nebeln zu lassen und sich ihrer Wahrnehmung zu entziehen. Die nüchterne Analyse von Regierungsbildungen innerhalb der Bundesrepublik wie auch in einigen anderen westlichen Staaten lässt die Kulturpolitik als den einzigen Kitt erkennen, der sonst widernatürliche Koalitionen zusammenhält. Es gilt, sich dieser ihren Trägern vielleicht nicht deutlichen, aber tatsächlich vorhandenen Tendenz bewusst zu werden und mit ihr zu rechnen.

Dabei kann nicht übersehen werden, dass die Vertretung bestimmter kulturpolitischer Standpunkte in der Erörterung weithin einen überwiegend gefühls- oder willensbetonten Charakter zeigt und weniger auf klaren Einsichten und überzeugend begründeten Bekenntnissen beruht. Diese Feststellung soll weder die grundsätzliche Richtigkeit der Stellungnahme bezweifeln, noch die wesensmässig notwendige Gefühls- und Willensbestimmtheit kulturpolitischer Entscheidungen herabsetzen. Um tiefbewegende Fragen aber vor dem eigenen Gewissen zu klären, sie gesprächsfähig und entscheidungsreif zu machen, ist es notwendig, sie vor das Forum der Vernunft und in geistige Zusammenhänge zu bringen. Erst dann wird es möglich sein, sie im Gespräch mit Menschen anderer geistiger Herkunft, anderer seelischer Bestimmtheit und anderer Willensrichtung vernünftig zu erörtern und notfalls auch einen geistigen Kampf mit ebenso sauberen wie scharfen Waffen durchzustehen. Auch unter den eigenen politischen Freunden erscheint eine Klärung der Begriffe und Tatbestände, ja, eine eindeutige Sprachregelung unerlässlich, um die Fülle der Aufgaben und ihre im Wesen der Sache liegenden oder durch besondere Umstände gegebenen Grenzen zu erkennen und einander deutlich zu machen, sowie die jeweiligen besonderen Aufgaben mit vereinten Kräften von den verschiedensten Seiten her wirksam anzupacken.

Wenn trotz mancher erfreulichen Ansätze das notwendige kulturpolitische Gespräch unter uns noch nicht recht in Gang gekommen ist, so hat das verschiedene Ursachen: Eine dieser Ursachen ist die Unklarheit über den Umfang dessen, was zur Kulturpolitik gehört. Einige fassen den Begriff viel zu eng, indem sie ihn im wesentlichen auf die Schulpolitik oder gar nur auf den Kampf um die bekenntnismässige Grundlage der Volksschule und der Lehrerbildung beziehen. Andere hingegen fassen ihn entschieden zu weit, wenn sie, von der Bedeutung der Familie für das gesamte Leben des Volkes durchdrungen, die Familienpolitik als ein Element der Kulturpolitik betrachten; wobei zweifellos in beiden Fällen - der Verengung und der Ausweitung - etwas Beachtenswertes und Richtiges gesehen wird.

Eine weitere, eng damit zusammenhängende Ursache für die Hemmungen im kulturpolitischen Gespräch ist in der mehr geahnten als klar erkannten ungeheuren Fülle und Verflechtung der kulturellen Gegebenheiten zu suchen, vor deren Vielschichtigkeit und Problematik der Sicht auch und gerade verantwortungsbewussten Sachkennern angst und bange werden könnte. Stehen doch keine geringeren Fakten als die Kirchen mit ihrer Verantwortung für die Welt und ihre Kultur, die kulturellen Auswirkungen lebendigen Glaubens oder ideologisch ausgerichteter Weltanschauungen, die Entfaltung der Kunst und der Dienst der Wissenschaft im Blickfeld; auch etwas enger umgrenzte und doch sehr weite Aufgabengebiete wie Forschung und Lehre, Unterricht, Bildung und Erziehung, das Ringen um eine beiden Geschlechtern gemässe Pädagogik, die geistigen Grundlagen der Schularten und Schulformen in ihrer Mannigfaltigkeit und Einheit, die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule und von Schule und Kirche, die Kulturhoheit der Länder und der kulturelle Föderalismus im Bunde gehören in diesen Gesichtskreis. Hinzu kommen zahlreiche Fragen aus der Praxis des Lebens, wie etwa die Frage der Schulgeldfreiheit oder der konkreten Wahrnehmung der Elternverantwortung in der Schule, die Problematik der Überlastung der Schüler oder der Kampf gegen den Schichtunterricht.

Wer könnte es unternehmen, von diesen Dingen zu reden, ohne sich des Einflusses der industrialisierten Massengesellschaft auf Familie und Schule und der durch die heutige Arbeitswelt bewirkten Wandlungen des gesamten geistigen Lebens bewusst zu sein! Wer könnte guten Gewissens von sich sagen, dass er den gesamten, im Umbruch befindlichen kulturellen Bereich auch nur überschaue, geschweige denn, dass er überzeugende Antworten für den Tagesgebrauch bereit halte! Gleichwohl sehen wir uns immer wieder vor diese Fragen gestellt. Auch wer sich bewusst auf ein für ihn überschaubares Gebiet beschränkt, muss versuchen, dieses Gebiet in kleineren oder grösseren Zusammenhängen zu sehen, und etwas von der Herkunft und Zielrichtung der theoretisch möglichen Antworten wissen.

Eine andere, nicht geringe Ursache kulturpolitischer Abstinenz liegt in einem falschen Verständnis des politischen Elements in der Kulturpolitik: Nicht wenige meinen, kulturelle Gegebenheiten seien ihrer Natur nach überhaupt nicht politisch zu behandeln; während demgegenüber andere von einer weitgehenden Gesetzgebung und pfleglichen Verwaltung - etwa von einer Selbstverwaltung kultureller Organe -, von schützenden Bestimmungen und Unterstützungen aller Art das Heil erwarten. Beides ist, ideologisch einseitig gesehen, durchaus irrig; die Wahrheit liegt vielmehr in einer dialektischen Spannung zwischen beidem. Niemals sollten die staatlichen Mächte, fremden Zwecken hörig, befehlend ins kulturelle Leben eingreifen bzw. ihre Hilfe und Unterstützung an untragbare Bedingungen knüpfen, welche die Freiheit im kulturellen Leben gefährden könnten. Wie weit staatliche Einflussnahme gehen darf oder soll, muss jeweils neu bestimmt und praktiziert werden; wobei massgebend sein sollte, dass die persönliche Verantwortung aller Beteiligten wahrgenommen werden kann und tatsächlich in Anspruch genommen wird, während es zur Würde des Staates gehört, dass er sich der ihm gesetzten Grenzen bewusst ist, insbesondere im kulturellen Bereich.

Und es gibt wiederum andere, wesentliche Ursachen, die einer naiven Bereitschaft zu unbefangener Erörterung entgegenstehen: Wir haben zwar eingangs auf die Notwendigkeit hingewiesen, kulturpolitische Wünsche und Beschwerden

mit den Mitteln der menschlichen Vernunft zu klären. Es dürfte aber bei näherer Betrachtung bald deutlich werden, dass die eigentlichen Wurzeln kulturpolitischer Sicht und Entscheidung in weit tieferen Schichten unseres Lebens als in der Bewusstseinsphäre ruhen. Damit ist keine Schicht des Unbewussten im Sinne einer Tiefenpsychologie gemeint, sondern die letzte Tiefe der menschlichen Existenz, in der die Entscheidungen des von Gott und dem Nächsten gerufenen Menschen im Für und Wider fallen, wo er sich dem von oben kommenden Anspruch öffnet oder aber verschliesst und widersetzt. In dieser Schicht wurzeln im Grunde alle wesentlichen Entscheidungen, auch die politischen Entscheidungen auf sozialem und wirtschaftlichem, auf dem gesamten innen- und aussenpolitischen Gebiet. Dabei haben die kulturpolitischen Entscheidungen insofern eine besondere Bedeutung, als es sich hier in besonderer Weise um den Menschen, vornehmlich den heranwachsenden Menschen, um sein zeitliches Wohl und sein ewiges Heil handelt. Aus diesem Grunde wiederum ist kulturpolitischen Kämpfen leicht eine grosse Härte eigen, weil es hier eben um die letzten Bindungen des Menschen geht, um seinen Glaubensgehorsam oder um seine Verstrickung in eine weltanschauliche Ideologie, in deren Gedanken er seinen letzten Halt sucht, wenn er nicht um den Zuspruch und Anspruch des lebendigen Herrn weiss. Wer in wahrhaft christlicher Verantwortung steht, wird davor bewahrt bleiben, die eigenen Gedanken mit Gottes Auftrag zu identifizieren und die Absichten des Gegners zu verteufeln. Aber bei aller echten Toleranz und Versöhnungsbereitschaft bleibt die Aufgabe, die Geister zu prüfen und zu unterscheiden, ob ein sich autonom verstehender menschlicher Wille oder ein an Gottes Wort gebundenes Gewissen am Werke ist.

Die Scheu vor notwendigen Klärungen ist jedoch nicht nur in der Furcht vor etwa ausbrechenden Kämpfen oder eigenem Pharisäismus begründet: Bei vielen evangelischen Christen bestehen auch konfessionelle Hemmungen. Da, wie gesagt, kulturpolitische Entscheidungen im Glaubensgrunde wurzeln, gibt es für Christen in letzter Sicht nur christliche Begründungen. Da es nun aber kein allgemeines, sondern nur ein konfessionell geprägtes Christentum gibt, können und werden viele kulturpolitische Begründungen - gelegentlich auch Entscheidungen, und hier wiederum meist auch die Form ihrer Äusserung - bei evangelischen und katholischen Christen verschieden ausfallen. Fast immer allerdings pflegen beide Seiten zu entdecken, dass sie trotz teilweise unterschiedlicher Wege ein gemeinsames Ziel haben. Wenn es einmal anders sein sollte, muss in guter Partnerschaft versucht werden, möglichst weite Wegstrecken gemeinsam zu gehen. Auf jeden Fall brauchen evangelische Christen eine in Form und Inhalt legitim evangelische Begründung ihres Weges und ihrer Entscheidung.

Die katholischen Christen verfügen neben einer jahrhundertealten politischen Erfahrung über eine reich entfaltete politische Ethik. Demgegenüber stammen die entsprechenden Erfahrungen der evangelischen Christen erst aus der Zeit des "Dritten Reiches". Und die theologische Grundlegung einer evangelischen politischen und damit auch kulturpolitischen Ethik steckt trotz hoffnungsvoller Ansätze im ganzen noch in den Anfängen. Dabei zwingen die Erfordernisse der politischen Tagesarbeit zu einer umfassenden Fundierung der kulturpolitischen Aufgaben aus reformatorischer Sicht. Es ergibt sich das ebenso grundsätzliche wie praktische Problem, ob die evangelischen Christen eine Antwort auf ihre Fragen von Theologen ohne eigentliche politische Erfahrungen abwarten wollen oder ob evangelische Politiker vorhanden und bereit sind, aus ihrem Verständnis evangelischer Verkündigung und Lehre diese dringliche Arbeit gewissenhaft anzugreifen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU bejaht das Letztere. Er wird einen Teil der hier aufgezeigten Fragen auf einer im Herbst d. J. stattfindenden Studententagung von Sachkennern zu klären versuchen. Zur Vorbereitung dieser Tagung wird in der "Evangelischen Verantwortung" in einer fortlaufenden Reihe von Veröffentlichungen zu einzelnen grundsätzlichen und praktischen kulturpolitischen Fragen Stellung genommen und damit das notwendige Gespräch eingeleitet werden.

DIE POLITISCHE MITVERANTWORTUNG DER FRAU

von Dr. Ilse Bab

Seit mehr als zehn Jahren sind die Menschen in der Bundesrepublik von der Herrschaft eines totalitären Staatssystems befreit. In diesen Jahren hat sich langsam ein neues Staatsgefüge entwickelt, das ausschliesslich von demokratischen Parteien getragen wird. Die Parteien nehmen also in der Öffentlichkeit eine äusserst wichtige Stellung ein und der Erfolg ihrer Politik ist für das Leben jedes Bürgers, für sein persönliches und wirtschaftliches Wohlergehen von entscheidender Bedeutung. Aber dieser Bedeutung zum Trotz geniessen die Parteien bei einem grossen Teil der Bundesbürger nur ein verhältnismässig geringes Ansehen. Nicht einmal die politischen Erfolge der Regierungsparteien, die zur Wiedererlangung der Souveränität führten, haben es vermocht, viele Bewohner der Bundesrepublik von der Meinung abzubringen, dass sie sich "nicht wieder die Finger an der Politik verbrennen" dürften. Im Gegenteil: die Unpopularität der Parteien wuchs ständig und führte zu einer beträchtlichen Stagnation der Zahl ihrer Mitglieder, was darin zum Ausdruck kommt, dass heute nur etwa 4 % aller Wahlberechtigten einer Partei angehören.

Es ist zwar selbstverständlich, dass in einem 50-Millionen-Volk die Zahl der Träger eines parlamentarischen Amtes und parteipolitischer Funktionen immer relativ sehr klein bleiben wird. Erst rund 100 000 Einwohner stellen z. B. einen Bundestagsabgeordneten. Aber es ist andererseits eine erschütternde Tatsache, dass sich nur etwa 4 % der wahlberechtigten Bürger innerhalb einer unserer Parteien überhaupt die Möglichkeit offenhalten, Einfluss auf die Kandidatenaufstellung zu nehmen, während die "restlichen" 96 % sich damit begnügen, eine ohne ihr Mittun getroffene Auswahl zu bestätigen. 96 % der Wähler verzichten also freiwillig auf ein Recht, das ihnen über die Wahl hinaus zur Mitwirkung an der Regierungsbildung in unserer parlamentarischen Demokratie gegeben ist und das Generationen vor uns heiss und bitter erkämpft haben.

"Mein Mann weiss, welche Partei ich wählen soll ..."

Bei den Frauen ist die Ablehnung der Politik, die "den Charakter verdirbt", und der Parteien, die "ja doch tun, was sie wollen", im allgemeinen noch grösser. Politik sei Männersache, behaupten sogar häufig die Ehefrauen politisch führender Persönlichkeiten, desgleichen intelligente, erfolgreich im Beruf stehende

Frauen. Und so kommt es auch, dass die Frauen, die in der Bundesrepublik rund 60 % aller Wahlberechtigten darstellen und deshalb einen grösseren Einfluss auf das Wahlergebnis ausüben als die Männer, zu einem sehr grossen Teil der Ansicht sind, dass die politischen Entscheidungen zur Vorbereitung einer Wahl und die Auswahl der Mandatsträger **a l l e i n** den Männern zu überlassen seien. Es ist erfreulich, dass sich nur sehr wenige Frauen zu extremen Rechts- oder Linksparteien hingezogen fühlen, aber es ist andererseits sehr negativ zu bewerten, dass auch die demokratischen Parteien nicht mehr als durchschnittlich 15-20 % Frauen unter ihren Mitgliedern nachweisen können - von der Zahl der aktiv innerhalb der Parteien in Erscheinung tretenden Frauen ganz zu schweigen.

In einer Zeit also, in der die Frauen nicht mehr aus dem Berufsleben, noch überhaupt aus dem Bereich des öffentlichen Lebens wegzudenken sind, in einem Augenblick, in dem das Parlament bemüht ist, die im Grundgesetz verankerte Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz in die praktische Gesetzgebung einzubauen, lehnen die Frauen selbst politisches Mitdenken und Mithandeln weitestgehend ab. Offenbar wird von ihnen vielfach die Vorstellung von einer politisch denkenden Frau, von einer "politischen" Frau noch stark mit dem Typus einer Suffragette assoziiert. Dieser gehört jedoch einer längst vergangenen Zeit an. Er hat den Frauen das politische Mitbestimmungsrecht erkämpft, aber er ist nicht abgelöst worden von einer grösseren Zahl politisch selbstbewusster Frauen, die wissen, dass der entscheidende Einfluss, den sie durch ihre Stimmabgabe bei Wahlen auf die Zusammensetzung der Parlamente und damit auf die Gestaltung des gesamten staatlichen und politischen Lebens nehmen, durch selbsterarbeitete politische Erkenntnis vorbereitet sein und auf diese Weise einer **e c h t e n** Entscheidung gleichkommen muss.

Es sei wiederholt: Die Frauen stellen rund 60 % der Wahlberechtigten und bilden somit unter den Wählern eine "absolute Majorität". Die Forderung einer verstärkten politischen Aktivität der Frauen ist deshalb eine Notwendigkeit a priori. Sie gewinnt noch eine besondere Bedeutung, wenn man bedenkt, dass durch die Hand der Hausfrau der grösste Teil des Volksvermögens fliesst, dass ihr die Verantwortung für die Führung des Haushalts und vor allem auch für die Erziehung der Kinder heute fast ausschliesslich überlassen ist. Und mit der Erziehung der Kinder leistet sie einen wesentlichen Beitrag zum Fortbestand staatlicher Ordnung: sie erzieht im Kinde den Staatsbürger von morgen.

Mit der industriellen und sozialen Entwicklung während der letzten 100 Jahre, dem rapiden Ansteigen der Bevölkerungsziffer, der ständig zunehmenden Differenziertheit des Lebens haben sich zudem in weitem Umfang Aufgaben und Pflichten, die früher der Familie vorbehalten waren, völlig auf die Ebene der Öffentlichkeit, d. h. des staatlichen, des politischen Bereichs verlagert. Nur ein Beispiel sei erwähnt: Noch vor wenigen Jahrzehnten konnten die Eltern sicher sein, dass ihre Kinder die entscheidenden Einflüsse auf ihre Entwicklung in Familie, Schule und Freundeskreis empfangen. Heute sind Kinder und Jugendliche weitgehend einer unkontrollierbaren Beeinflussung durch publizistische Mittel wie Rundfunk, Film und Massenkultur ausgesetzt. Wie aber kann das Kind vor diesen z. T. äusserst schädlichen Einflüssen bewahrt, wie können aktive Gegenmassnahmen ergriffen werden? Hier z. B. beginnen

die politischen Aufgaben der Frau:

Sie sind in erster Linie auf der **k o m m u n a l e n** Ebene zu erfüllen. Die Kom-

munalpolitik ist das eigentliche Wirkungsfeld der Frau, denn die Kommune ist gleichsam eine vergrösserte Familie, in der die Frau zunächst dieselbe Aufgabe vorfindet, wie sie ihr innerhalb der eigenen Familie erwächst: nämlich Herz und Seele zu sein. Die mannigfaltigen sachlichen Aufgaben der Frau im kommunalpolitischen Raum können hier nur in grossen Zügen angedeutet werden: Sie reichen von der Schaffung von Kinderspielplätzen und -erholungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl über den Schulbau und die Mitarbeit in Schulausschüssen und Elternbeiräten, die Überwachung der Kioske, Filmprogramme und Spielhallen, über gezielte Verbraucherpolitik und Stärkung der allgemeinen Kaufdisziplin bis zur Mitberatung bei sozialen Wohnungsbau- und Krankenhausprojekten und zur Mitarbeit an Fragen von grösster politischer Bedeutung, wie etwa der Eingliederung der Flüchtlinge, besonders der jugendlichen Flüchtlinge, in das Leben der Bundesrepublik.

Gerade die christliche Frau sollte hier den Ruf zur Mitarbeit nicht überhören. Denn der Geist, der in den Kommunen und ihren Einrichtungen herrscht, wird das gesamte Gemeinschaftsleben unseres Volkes immer wesentlich mitbestimmen. Der Weg zur kommunalpolitischen Mitarbeit führt aber nur über die politischen Parteien. Vornehmlich die Frauen, die bereits aus christlicher Verantwortung innerhalb ihrer kirchlichen und politischen Gemeinden bestimmte Aufgaben übernommen haben, sollten auch den Schritt in den eigentlichen politischen Raum hinein wagen und einer Partei beitreten. Dabei bleibt es selbstverständlich auch der christlichen Frau vorbehalten, sich nach ihrer persönlichen Überzeugung für diese oder jene Partei zu entscheiden; aber sie wird bei ihrer Entscheidung von der Frage ausgehen müssen, ob in der jeweiligen Partei auch eine wirksame politische Mitarbeit aus christlicher Verantwortung möglich erscheint. - - -

Können wir uns heute überhaupt noch darüber hinwegsetzen, dass es uns gar nicht mehr freigestellt ist, ob wir uns um Politik kümmern wollen oder nicht? Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus fordert von jedem eine persönliche politische Entscheidung. Je mehr unter uns dieser Entscheidung auszuweichen versuchen, desto geringer wird die Widerstandskraft unseres freiheitlichen Staatswesens. Wie es aber unter einem totalitären Regime aussieht, zeigen die Verhältnisse in der Sowjetzone eindeutig: Dort werden alle, Männer und Frauen, zur politischen Mitarbeit gezwungen - gleichgültig, ob ihnen das angenehm ist oder nicht.

VON SIEGEN NACH BERLIN

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU von 1952 - 1956

von Oberbürgermeister Ernst Bach

Im Juni d. J. tritt der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in Berlin zu seiner 5. Bundestagung zusammen. Deshalb erscheint ein kurzer Rückblick auf den Weg, der hinter uns liegt, angebracht:

1. Wie kam es zur Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU?
2. Welchen Weg sind wir von Siegen bis Berlin gegangen?

Unser verstorbener erster Vorsitzender, Bundestagspräsident D. Dr. Hermann Ehlers, bezeichnete es als den Zweck der ersten evangelischen Arbeitstagung der CDU/CSU in Siegen (14. - 16. März 1952): einmal Menschen aus allen Teilen Deutschlands zusammenzubringen, die als evangelische Christen in dieser besonderen Verantwortung in der CDU/CSU stünden, um zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen Gemeinschaftsfragen zu erörtern, sie in ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Staat zu stärken und Grundfragen unseres politischen Handelns zu klären. Ausdrücklich stellte er fest, dass nicht daran gedacht sei, aus dieser Zusammenkunft ein neues politisches Gebilde erwachsen zu lassen, sondern dass sie dazu dienen solle, den Unionsgedanken in der CDU/CSU - die seit sieben Jahren immer mehr zur politischen Heimat von Christen beider Konfessionen geworden sei und diese im gemeinsamen politischen Handeln verbunden habe - zu festigen.

Siegen war, wie ich damals in meiner Begrüßungsansprache ausführen durfte, zum ersten Tagungsort gewählt worden, weil es auf eine über achtzigjährige Tradition evangelischen Öffentlichkeitswillens zurückblicken konnte, der mit den Namen Stöcker, Mumm und Schmidt-Westfalen aufs engste verbunden ist.

Der Zusammenschluss der evangelischen Politiker in der CDU/CSU im Evangelischen Arbeitskreis hatte seinen äusseren Anlass in der Tatsache, dass in der Politik durch den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Probleme aufgetaucht waren, die in tiefere Schichten der Gewissenserforschung hineinreichten und einer Klärung auf der Grundlage christlicher Verantwortung bedurften. Auf katholischer Seite war durch feste kirchliche Glaubenssätze und lange politische Tradition von vornherein eine sichere und einheitliche Auffassung gegeben. Im evangelisch-kirchlichen Bereich dagegen entstanden tiefgreifende Spannungen, die vor allem die Gefahr einer Verwischung und Vermischung religiöser und politischer Gesichtspunkte mit sich brachten. Damit ergab sich in evangelischen Kreisen weitgehend eine starke Unsicherheit.

Hermann Ehlers und ein Kreis engerer Gesinnungsfreunde hatten sich bereits seit längerem bemüht, die hier anstehenden Fragen in oft harter Auseinandersetzung mit andersdenkenden evangelisch-kirchlichen Gruppen zu klären. Dabei erwies sich immer deutlicher die Notwendigkeit, in gemeinsamer Arbeit die Grundlagen für eine Stellungnahme zu den verschiedenen Problemen zu schaffen und von diesen Grundlagen aus dann an die Fragen der praktischen Politik heranzugehen.

Von Anbeginn wurde - um es noch einmal zu wiederholen - in Siegen klargestellt, dass es sich bei der Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises nicht um eine besondere Fraktionsbildung innerhalb der CDU/CSU handele, sondern um eine gerade auch vom Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, gewünschte Fruchtbarmachung der bewusst evangelischen Kräfte in der CDU/CSU für diese. Die Anwesenheit und die Ausführungen Dr. Adenauers auf der Siegener Tagung bestätigten dieses Wollen.

In S i e g e n wurden in drei Arbeitsgruppen die Themen: "Unsere kulturpolitische Aufgabe", "Die gesellschaftliche Ordnung" und "Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland" behandelt und Stellungnahmen zur Schulfrage, zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen und - in besonders ausführlicher und eindrucksvoller Weise - zum Verteidigungsbeitrag erarbeitet. In den Entschliessungen, die als Ergebnis erzielt wurden, heisst es u. a. :

"Wir wissen, dass politische Fragen nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müssen. Das entbindet uns nicht von der Aufgabe, jede politische Entscheidung sowie jede andere Entscheidung unseres persönlichen Lebens darauf zu prüfen, ob sie vor dem Worte Gottes bestehen kann. Wir verwahren uns aber dagegen, dass politische Entscheidungen als Glaubensentscheidungen hingestellt werden ...

Wir hoffen, dass unsere evangelischen Glaubensgenossen erkennen, dass wir auch in der Politik zu einer besonderen evangelischen Verantwortung gerufen sind, und erwarten, dass wir in unserer Arbeit ihre Hilfe mehr, als es bisher oft der Fall war, finden. Wir erwarten auch, dass unsere evangelische Kirche, vor allem in ihren verantwortlichen Männern und Kirchenleitungen, dazu hilft, dass unser Wollen ernst genommen wird. Dazu gehört insbesondere, dass allen Versuchen gewehrt wird, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten, der wir uns jederzeit gern stellen, durch eine unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Wir wollen, dass politische Fragen nüchtern und sachlich politisch erörtert werden. Wenn das geschieht, werden wir uns jederzeit unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott rufen lassen."

Die von der Siegener Tagung ausgehenden Impulse führten zur Gründung von Evangelischen Arbeitskreisen in den einzelnen Landesverbänden der CDU/CSU und später vielfach auch auf der Kreisebene. In Bonn wurde eine Geschäftsstelle geschaffen. Als Organ des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU erschien ab März 1953 in monatlicher Folge die "Evangelische Verantwortung".

Gemäss den Beschlüssen von Siegen wurde auch in den folgenden Jahren je eine grosse repräsentative Jahrestagung auf Bundesebene abgehalten, die jeweils ganz bestimmte Themen behandelte und ihre Beratungen in einzelnen Arbeitsgruppen durchführte:

1953 fand diese Tagung vom 5.-7.6. in H a n n o v e r statt. Sie hatte zum Ziel, die in Siegen begonnene Besinnung auf die besondere evangelische Verantwortung im Rahmen der CDU/CSU fortzusetzen. Diesem Ziel diente das Gespräch in vier Arbeitsgruppen mit den Themen: "Evangelische Kulturpolitik", "Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa", "Das Verhältnis von politischen Parteien und Kirche" und "Christlicher Realismus in der Sozial- und Wirtschaftspolitik". - 1954 wurde die Bundestagung vom 11. - 13. Juni in W u p p e r t a l abgehalten. Generalthema dieser Tagung war: "Das evangelische Verständnis von Staat und Politik". In fünf Arbeitsgruppen wurden folgende Themen erörtert: "Evangelische Staatsauffassung und Demokratie", "Überwindung der Verweltlichung des Lebens", "Aufgaben und Grenzen des Staates in der Erziehung", "Familienrechtsprobleme der Gegenwart" und "Das evangelische Anliegen bei der Wiedervereinigung Deutschlands". - 1955 kamen wir zur 4. Bundestagung vom 6. - 8. Mai in der Lutherstadt W o r m s zusammen. Es war die erste Tagung, die wir ohne den Begründer und Vorsitzenden des Arbeitskreises, Hermann Ehlers, durchführen mussten. Ihr noch von Hermann Ehlers bestimmtes Generalthema lautete: "Christ und Vaterland". In drei Arbeitsgruppen beschäftigte man sich mit den Unterthemen: "Unser Volks- und Staatsbewusstsein", "Unsere Verteidigungspflicht" und "Unser Auftrag für Gesamtdeutschland".

Die Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hat im ganzen Bundesgebiet zu spürbaren Erfolgen geführt. Immer weitere evangelische Kreise bekannten sich zum Unionsgedanken und zur Politik der CDU/CSU. Die Wahlerfolge, die 1953 gerade in evangelischen Gebieten erzielt wurden, sind - insbesondere angesichts einer übelwollenden und die CDU/CSU als katholische Partei verdächtigenden Propaganda - zweifellos auch der Aktivität dieses Arbeitskreises zu verdanken. Das Schwergewicht der Arbeit hat sich erfreulicherweise immer mehr auf die Landesebene verlagert. Dafür sprechen die erfolgreichen Tagungen der Evangelischen Landesarbeitskreise in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Westfalen, im Rheinland, in Nordwürttemberg und Bayern. Es seien hier nur die Themen der letzten Landestagungen genannt. Auf der Tagung des niedersächsischen Arbeitskreises in Göttingen (29. - 30. Oktober 1955) sprach man über: "Die geistig-seelische Situation in der sowjetischen Besatzungszone" und "Unser sozialer Auftrag". Das Thema der bayerischen Landestagung in Nürnberg (12. - 13. November 1955) war: "Recht, Staat und Politik in evangelischer Sicht". Auf der Tagung des nordwürttembergischen Arbeitskreises in Stuttgart (13. Februar 1956) behandelte man die Themen: "Die politische Verantwortung des evangelischen Christen" und "Aktuelle Probleme der Familienpolitik in evangelischer und katholischer Sicht". Und in Hamburg (17. Februar 1956) ging es um das Thema: "Der evangelische Christ und der liberale Freiheitsgedanke". - Das an sich schon sehr starke Interesse von Presse und Rundfunk an dieser gesamten Arbeit soll in Zukunft durch besondere Informationstagungen für evangelische Journalisten noch vertieft werden. Eine erste, gutgelungene Tagung in dieser Richtung, die sich mit den gerade jetzt sehr aktuellen agrarpolitischen Problemen befasste, fand am 7. Februar d. J. in Bonn statt.

Das Bemühen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist nach Umfang und Tiefe innerhalb der Partei und in der deutschen Öffentlichkeit überhaupt ein nicht unwesentlicher Faktor geworden. Wie ein Magnet hat diese Arbeitsgemeinschaft in allen Landesteilen der Bundesrepublik einen erheblichen Kreis der aktiven evangelischen Kräfte an sich gezogen. In der kommenden Zeit muss diese überall fruchtbar begonnene Arbeit nach der sachlichen wie zahlenmässigen Seite ausgebaut werden. Das ist eine Verpflichtung, die uns die allzu früh abberufenen Vorsitzenden des Arbeitskreises, Hermann Ehlers und Robert Tillmanns, hinterlassen haben.

Wenn wir in diesem Jahre Berlin als Tagungsort gewählt haben, so wollen wir damit unsere innere Verbundenheit mit unseren Brüdern und Schwestern in Berlin und in der Sowjetzone betonen. Gleichzeitig soll diese Tagung dazu dienen, uns geistig für den Kampf zuzurüsten, der zur inneren Überwindung des Bolschewismus durchgefochten werden muss.

DIE "TEST"-WAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

von Edo Osterloh

Die Bevölkerung dieses Landes hat mit der eben erfolgten Landtagswahl ihren guten Ruf bestätigt, dass sie in ihrer lebendigen und vernünftigen demokratischen Tradition nicht so leicht zu erschüttern ist. Das Ergebnis der Wahl ist

besonders ernst zu nehmen, weil der vorher geführte, sehr intensive und im Durchschnitt völlige sachliche Wahlkampf ein ungewöhnliches Echo, besonders auf dem Lande, gefunden hat. Die Versammlungen aller Parteien waren erheblich stärker besucht als jene anlässlich der vorigen Landtagswahl. Die Wähler hatten offensichtlich das Bedürfnis, sich zu orientieren und sich auch menschlich zu vergewissern, was man von den vorgeschlagenen Kandidaten und ihren politischen Absichten zu halten habe. Da keine Landesliste aufgestellt werden konnte, sondern alle Abgeordneten als Erstkandidat oder als Ersatzmann in einem Wahlkreis aufgestellt werden mussten, hat die Persönlichkeit für die Entscheidung die ihr gebührende Rolle gespielt.

Die Bundespolitiker werden jetzt davon ausgehen müssen, dass zumindest in absehbarer Zeit nicht mit einem Zwei-Parteien-System in Deutschland zu rechnen ist. Die Freien Demokraten haben erfahren, dass sie im drittgrössten Bundesland einen sehr zuverlässigen Wählerstamm haben. Und auch der BHE darf feststellen, dass seine Zeit noch nicht vorüber ist. Die CDU ist unzweideutig in einer sogar noch gestärkten Führerstellung geblieben, muss aber zur Kenntnis nehmen, dass der liberale Gedanke und auch das im BHE profiliert angesprochene Heimatgefühl und Nationalbewusstsein in der Politik zu berücksichtigen sind. Aus ungezählten Wahlversammlungen musste die CDU lernen, dass zwar der Grundgedanke der Kindergeldgesetzgebung Anerkennung findet, dass aber das System der Mittelaufbringung einer baldigen wirksamen Reform bedarf. Ausserdem wird sie Folgerungen daraus zu ziehen haben, dass die übrigen Parteien Kapital aus dem falschen Gerücht schlagen konnten, die CDU trete für eine Monopolstellung der Konfessionsschule ein.

Das Volk will offenbar nicht die Übermacht einer einzelnen Partei, aber auch keine Zersplitterung, sondern die Zusammenarbeit verschiedener Kräfte, unter denen rein politisch das konservative, das liberale, das nationale und vor allem auch das soziale Element ausschlaggebend für die Zukunft sein dürften.

INNENPOLITISCHE STABILITÄT - AUSSENPOLITISCHE KONTINUITÄT

Aus dem Ausland richten sich in diesen Wochen viele besorgte Blicke nach der Bundesrepublik: Die Auseinandersetzung zwischen CDU und FDP hat dort den Eindruck verstärkt, dass die Verhältnisse in der Bundesrepublik beginnen, an Stabilität einzubüssen. Man hat die Übersicht über die deutsche Innenpolitik verloren und glaubt deshalb, eine Krise innerhalb der Regierung bedeute auch das Heraufziehen einer grundlegenden innenpolitischen Krise. In Deutschland sollte man diese Besorgnisse ernstnehmen, denn sie zeigen, wie labil unser Kredit an Vertrauen nach wie vor ist.

Was ist aber tatsächlich geschehen? In Düsseldorf haben Kräfte, die schon seit geraumer Zeit an der Arbeit waren, von der mancherorts anzutreffenden Ablehnung gegen die CDU als stärkste Partei zu profitieren versucht. Sie haben sich dumpfe Gefühle, die stets im politischen Untergrund schlummern, zunutze gemacht und ohne viel Besinnen die Forderung erhoben, dass die allgemeine Richtung unserer Politik sich ändern müsse. Wie eine solche Änderung in dem vielschichtigen weltpolitischen Spannungsfeld, in dem die Bundesrepublik sich befindet, im einzelnen durchgeführt werden könnte - darüber lassen die Unzufriedenen freilich wenig verlauten. Darum finden auch Politiker wie Dehler mit

ihren verschwommenen Formulierungen gerade bei ihnen so starken Widerhall. Und wie merkwürdig ist aus dem gleichen Grunde die Gruppierung auf jener Seite: Die Anhänger Dehlers, der noch auf dem Parteitag in Bad Ems lebhaft gegen die Gewerkschaften und gegen den rechten Flügel seiner Partei Stellung nahm, derselbe rechte Flügel, den Reinhold Maier noch in Bad Ems aus grundsätzlichen Überlegungen radikal ablehnte, und dazu einige chronisch Missvergnügte erscheinen nunmehr gemeinsam mit Reinhold Maier als die Sachwalter der Freien Demokratischen Partei. - Es ist nicht unseres Amtes, darüber zu triumphieren. Wir halten es vielmehr für bedauerlich, dass eine Partei wie die FDP auf diese Weise auseinanderbricht. Man erkennt den Standpunkt der CDU, wenn man unterstellt, sie sei über die dadurch eingeleitete Entwicklung sehr befriedigt. Das Gegenteil ist richtig. Die CDU hat stets dem Mehr-Parteien-System den Vorzug gegeben, obgleich auch das Zwei-Parteien-System viel für sich hat und sie nur gewinnen könnte, wenn sie auf ein bedingungsloses Zwei-Parteien-System zusteuern würde. Darum war das "Grabensystem" auch nicht dazu bestimmt, die FDP zu vernichten. Wer einmal in Ruhe den Rechenstift zur Hand genommen hätte, hätte das ohne weiteres feststellen können. Es bleibt also abzuwarten, wie die Entwicklung in der FDP weitergehen wird.

Entscheidend ist, dass die Kontinuität der Regierungspolitik gewahrt ist - ein Faktor, den das Ausland nicht übersehen sollte. Er wiegt um so schwerer, als die internationale Politik sehr kritischen Zeiten entgegenzugehen scheint. Wenn auch nicht immer im einzelnen nachweisbar, so besteht doch kein Zweifel, dass die sowjetrussische Politik dabei Motor und Nutzniesser ist. Der Eiserne Vorhang zieht sich nicht nur quer durch Deutschland, sondern um den halben Erdball - und innerhalb der westlichen Hemisphäre brennen an verschiedenen neuralgischen Punkten bedenkliche Feuer. Wer die weltpolitische Lage nicht in dieser Gesamtheit sieht, der kommt auch hinsichtlich der deutschen Stellung in der Welt zu falschen Schlussfolgerungen. Bulganins Briefe an Eisenhower waren dazu bestimmt, Keile zwischen die grossen Mächte des Westens zu treiben, wobei es den Sowjets gleichgültig ist, welche Staaten dadurch auseinandergetrieben werden. Die sowjetische Verlautbarung am Vorabend der Ankunft von Botschafter Haas in Moskau, Sorins Beschwerde über die angebliche Zurückhaltung sowjetrussischer Staatsbürger in der Bundesrepublik - dies und manches andere sind Vorgänge des Kalten Krieges, der nicht eingeschlafen ist und der nach dem Willen Moskaus auch nicht einschlafen soll.

Obgleich die Politik der Sowjetunion sich als so hart und unerschütterlich erweist, ist es begreiflich, wenn sich dieser und jener immer wieder verzweifelt fragt, ob in ihr nicht vielleicht doch der eine oder andere Ansatzpunkt für eine Verständigung, insbesondere über die Wiedervereinigung, verborgen sei. Und man soll sich diese Frage gewiss auch ohne Unterlass stellen. Aber es ist gefährlich, seine eigene Haltung und Politik so auszurichten, als sei ein solcher Ansatzpunkt bereits tatsächlich gegeben. Auf ein derartiges Scheingefecht versucht die Sowjetunion den Westen, namentlich die Deutschen, unentwegt hinzulenken. Jede Frage in dieser Richtung, jede Aufweichung der innenpolitischen Stabilität in einem Lande des Westens kann daher von ihr nur begrüsst werden. Sie erblickt darin Anzeichen eines allgemeinen Auflösungsprozesses, der ihr am Ende alles zuspielt, was sie haben will.

Es ist daher unsere Aufgabe, nach wie vor klar und entschlossen zu vertreten, was wir bereits vor Jahren als richtig erkannt haben und was heute unvermindert seine Gültigkeit hat.

Die FRANKONIA-Universaltasche mit verstellbaren Zwischenwänden

Eine Spitzenleistung
sauberen handwerk-
lichen Könnens.
Verarbeitung edelsten
Materials.



A. DOPPERT, Lederfabrik, Kitzingen 3 (Bay.)

Verkaufsorganisation:
Müller & Siebe, München 2, Augustenstraße 16

EVANGELISCHES SOZIALLEXIKON

herausgegeben im Auftrag des Deutschen
Evangelischen Kirchentages
von Dr. Friedrich Karrenberg

600 Seiten, Lexikon-Format DM 38.-

Ermäßigter Preis für Studenten aller Fakultäten
DM 32.30

KREUZ-VERLAG
STUTTGART

FRAU UND POLITIK

MITTEILUNGEN UND BERICHTE DER
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN-UNION

„Frau und Politik“ bringt Informationen über politische
Fragen, die heute an jede Frau herangetragen werden
und bei deren Lösung sie mitentscheidet.

„Frau und Politik“ berichtet über die Arbeit der CDU-
Frauenausschüsse auf Bundesebene und in den Lan-
desverbänden.

„Frau und Politik“ berichtet über die Tätigkeit der CDU-
Politikerinnen im Bundestag und in den Länderpar-
lamenten.

„Frau und Politik“ betrachtet es als verpflichtende Auf-
gabe, auch über die Sorgen und Bedrängnisse der
Frauen in der sowjetischen Besatzungszone zu un-
terrichten.

„Frau und Politik“ ist als politisch-geistiges Band das Mit-
teilungsblatt für unsere Frauen in der CDU.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn.
Redaktion: Ilse Bab, Bonn, Nassestraße 2. Verlag und Vertrieb:
Bonn, Argelanderstr. 173. Abonnementspreis: DM 1.50 halbjährlich.
Zahlungen an: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Argelander-
straße 173, Postscheck-Konto: Köln 365 31.



SIEGENER AKT.-GES.
GEISWEID I. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT
mit beschränkter Haftung
DEUZ (Krs. Siegen i. W.)